

Mio. US\$ im 1.Halbjahr 1993 auf 18,8 Mrd. US\$ zurück, nachdem sie im 4.Quartal 1992 um 3,8 Mrd. US\$ gefallen waren.

Daß die Bank of China einen Teil ihrer Devisenreserven gegen inländische Währung im 1.Halbjahr eintauschte, wurde dem Bericht des *Asian Wall Street Journal* vom 29.9.93 nach weniger beachtet, da inzwischen eine neue Methode zur Berechnung der Devisenreserven eingeführt worden sei. Seit Juli 1992 würden die Devisenreserven der Bank of China nicht mehr als offizielle Reserven ausgewiesen, da sie theoretisch nicht mehr der staatlichen Kontrolle unterliegen. Trotzdem basierten viele Ökonomen und Banker ihre Aussagen zur Kreditwürdigkeit Chinas weiterhin auf den gemeinsamen Devisenreserven, da der Staat diese, wenn nötig, weiterhin in Anspruch nehmen könne. Demzufolge werde auch ein weiteres Sinken der gesamten Devisenreserven als negatives Zeichen gedeutet.

Nach Einschätzung einiger ausländischer Ökonomen habe die Bank of China im 1.Halbjahr Devisenreserven in Höhe von 8 Mrd. US\$ an die Zentralbank gegen inländische Währung verkauft, um dort aufgetretene Abflüsse zu decken und damit verbundene negative Schlagzeilen in der Presse zu vermeiden. Allein aufgrund des Handelsbilanzdefizits und der bestehenden Kapitalflucht hätte die Zentralbank einen wesentlich größeren Devisenrückgang verzeichnen müssen. Daß die Kapitalflucht zugenommen habe, sei auch anhand der Zahlungsbilanz feststellbar. So sei die Summe der "errors and omissions" (Restposten in der Zahlungsbilanzstatistik) von 6,8 Mrd. US\$ im Jahre 1991 auf rd. 8 Mrd. US\$ im Jahre 1992 gestiegen. Dieser Restposten ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem tatsächlichen Anstieg der Devisenreserven der Zentralbank und dem akkumulierten Betrag, der theoretisch anhand der Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen, Auslandskrediten und Deviseneinahmen aus dem Außenhandel entstehen müßte.

Werden die gesamten Devisenreserven von 38,4 Mrd. US\$ zugrundegelegt, sind hierdurch die Importe für 4,4 Monate gedeckt. Bei einem Ansatz von 18,8 Mrd. US\$ Devisenreserven der Zentralbank ist die Deckung lediglich für 2,1 Monate vorhanden. Internatio-

nal gilt die Deckung von 3 Monaten durch Devisenreserven als Sicherheitsstandard. (AWSJ, 29.9.93; HB, 7.10.93) -schü-

Binnenwirtschaft

*(33)

Entwicklung der Wirtschaft bis zum 3.Quartal 1993

Das Staatliche Statistikamt weist in seinem Bericht zur Wirtschaftsentwicklung bis zum 3.Quartal 1993 (*Jingji Ribao*, 20.10.93, S.1) darauf hin, daß sich die Wirtschaft weiterhin in den Bahnen eines Hochwachstums bewege, bei der Reform und Öffnung neue Schritte unternommen worden seien und die makroökonomische Regulierung und Kontrolle positive Ergebnisse gebracht habe.

Zu den wichtigsten Problemen bis zum 3. Quartal d.J. zählten das zu hohe Wachstum der Anlageinvestitionen, die zu hohe Inflationsrate, die allgemein kritische Lage bei Finanzmitteln für Betriebe sowie die nur geringe Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen und das weitere Auseinanderfallen von städtischen und ländlichen Einkommen.

Gesamtwirtschaftliches Wachstumstempo:

Bis zum 3. Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf 2.006,8 Mrd. Yuan, und die reale Wachstumsrate betrug im Vergleich zum Vorjahr 13,3%.

Landwirtschaft:

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion verlief stabil. Nach Schätzungen über die Produktion von Getreide und Ölpflanzen wird im großen und ganzen das Niveau des letzten Jahres erreicht werden; Vieh- und Fischzucht entwickelten sich stabil. Dagegen nahm der Output von Baumwolle und Zuckerpflanzen aufgrund der Reduzierung der Anbaufläche und durch den Einfluß von Naturkatastrophen im Vergleich zum Vorjahr ab.

Industrie:

Zwar ging die Industrieproduktion seit Beginn des 3.Quartals zurück, doch be-

trug die Zuwachsrate des industriellen Bruttoproduktionswertes (BPW) bis Ende des 3.Quartals 24,1% gegenüber der Vorjahresperiode. Während der BPW im Mai eine Wachstumsrate von 27% und im Juni von 30,2% aufwies, war die Zunahme im Juli 25,1%, im August 23,4%, im September 19,1% und im 3.Quartal insgesamt 22,6%. Unterschiedliche Ergebnisse weisen die ländlichen Industriebetriebe mit einer Wachstumsrate von 62% in den ersten neun Monaten gegenüber den Betrieben auf, die von der Zentral- und Provinzregierung betrieben werden; diese verzeichneten eine Zuwachsrate von lediglich 9,3% und im September von 6,8%. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, 9.10.93, in SWB, 20.10.93; SCMP, 16.10.93; ASWJ, 20.10.93)

Anlageinvestitionen:

Nach Angaben des Statistikamtes konnte das zu hohe Wachstum der Anlageinvestitionen unter Kontrolle gebracht werden. Während die Zuwachsrate der Anlageinvestitionen der staatlichen Einheiten bis zum 1.Halbjahr 1993 im Vergleich zur Vorjahresperiode 70,7% betrug, war der Anstieg in den ersten acht Monaten 68,5% (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, 9.10.93, in SWB, 20.10.93) und bis zum 3.Quartal noch 61,7%.

Nach Angaben von Ye Zhen, einem Sprecher des Statistikamtes, belief sich die Zuwachsrate der Anlageinvestitionen staatlicher Einheiten im September nur noch auf 56,5% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Beruhigung des überhitzten Wachstums der Anlageinvestitionen ist Ye Zhen zufolge eine direkte Folge der verstärkten makroökonomischen Regulierung und Kontrolle durch die Zentralregierung und spiegelt die Veränderungen in der Zusammensetzung der Finanzmittel wider, die für Investitionen zur Verfügung stehen und die durch die Readjustierung der Finanzstruktur beeinflusst wurden. So habe beispielsweise der Anteil der Finanzmittel aus selbständiger Kapitalbeschaffung lokaler Ebenen an den gesamten Investitionen im Juni d.J. noch 86% betragen und sei bis September auf 76% zurückgegangen.

Auch die Struktur der Investitionen hat sich Ye Zhen nach verbessert. So seien in den ersten neun Monaten d.J. Investitionen in Höhe von 58,66 Mrd. Yuan in Infrastrukturprojekte des Transport-

CHINA aktuell

und Telekommunikationssektors geflossen, ein Anstieg um 107% gegenüber der Vorjahresperiode. Auch der Anteil dieser Investitionen an den Gesamtinvestitionen sei angestiegen, nämlich um 4% von 14,3% auf 18,3%.

Nachfrage:

Seit Juni d.J., so Ye Zhen, habe sich auch die überhitzte Konsumgüternachfrage, ausgelöst durch Befürchtungen einer weiteren Abwertung des Renminbi, beruhigt. Mit dem Rückgang der Preise verliefen der Verkauf importierter Güter der Haushaltselektronik und der Verkauf von Goldartikeln in stabilen Bahnen. Gleichzeitig konnte der zu starke Anstieg der Nachfrage staatlicher Institutionen gebremst werden, der bis Juni um 30% gegenüber der Vorjahresperiode gewachsen war und im September auf 21,9% reduziert werden konnte.

Insgesamt stieg der Einzelhandelsumsatz in den ersten neun Monaten d.J. um 22,4% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Unter Berücksichtigung von Preissteigerungen betrug die Zunahme noch 9,3%. Während bis zum 1. Halbjahr der Umsatz von Produktionsmaterialien eine Zuwachsrate von 49,5% aufwies, sank die Zuwachsrate auf 27,3% im 3. Quartal.

Ye Zhen zufolge konnte die chaotische Situation bei der Kapitalbeschaffung und Kreditvergabe sowie bei der ungenehmigten Gründung von Institutionen in diesem Bereich unter Kontrolle gebracht werden. Die privaten Spareinlagen stiegen bis Ende September auf 1.386,7 Mrd. Yuan bzw. um 232,2 Mrd. Yuan. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.10.93, in SW, 20.10.93)

Preisentwicklung:

Der Anstieg der Einzelhandelspreise betrug in den ersten neun Monaten durchschnittlich 12% (Jingji Ribao, 20.10.93). Die Inflationsrate (Lebenshaltungskosten) in den großen 35 Städten betrug im September 20,7% im Vergleich zu 23,3% im Juli d.J. Die Preise für Baumaterialien gingen deutlich zurück. Während sich der Preis für eine Tonne Walzstahl im Juni auf 4.100 Yuan belief, sank dieser Preis im September auf 3.050 Yuan. Ye Zhen wies darauf hin, daß zwar die Preisentwicklung aufgehalten werden konnte, doch daß mit einem wesentlichen

Rückgang der Inflation erst in einiger Zeit gerechnet werden könne. (ASWJ, 20.10.93)

Die *Einkommen* der städtischen Bevölkerung für die Lebenshaltung (*shenghuafei shouru*) betragen pro Kopf durchschnittlich 1.710 Yuan und erhöhten sich somit in den ersten neun Monaten um 29%; nach Berücksichtigung von Preissteigerungen belief sich die reale Steigerung auf 12%. Die Höhe der ländlichen Einkommen war 630 Yuan, ein Nominalanstieg um 17% und ein Realanstieg um ca 5%. (Jingji Ribao, 20.10.93)

Das Geldmengenwachstums (*M2*) soll sich deutlich verringert haben und wird mit 22% angegeben. Im letzten Jahr erhöhte sich die Geldmenge um 30%. (ASWJ, 20.10.93)

Wirkungen der Kreditverknappung:

Das Statistikamt berichtet am 9.10.93 von spürbaren Wirkungen der Kreditverknappung für die Industriebetriebe. Die Umlaufmittel und die Einlagen der Unternehmen gingen bis Ende August um 59,9% und um 57,5% zurück und zeigten die extreme Knappheit bei Umlaufmitteln. Mit der rückläufigen Wachstumsrate der Industrieproduktion traten erneut Probleme wie hohe Lagerhaltung und Verschuldung auf; eine große Anzahl von Unternehmen mußte ihre Produktion einstellen bzw. vorübergehend einstellen, und auch das Problem der Verschuldungsketten zwischen den Unternehmen nahm wieder zu. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, 9.10.93, in SWB, 20.10.93)

Während das Statistikamt in seinem o.g. Bericht vom 20.10.93 von einer Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz berichtet, weisen die Angaben des Statistikamtes vom 9.10.93 eine gegenteilige Entwicklung auf. So habe sich die Rentabilität der Unternehmen aufgrund des sich abschwächenden Wachstums der Produktion verschlechtert; die Umschlagsgeschwindigkeit des Umlaufvermögens, die Relation zwischen Steuern und Gewinn zu eingesetztem Kapital sowie das Verhältnis von Gewinn und Kosten hätten sich bis August verschlechtert. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, 9.10.93, in SWB, 20.10.93) -schü-

*(34)

Lockerung der Konjunkturdämpfungsmaßnahmen?

Die im Juli eingeleitete Kreditverknappung hat besonders den Teil der Staatsbetriebe getroffen, die seit den letzten Jahren in der Verlustzone operierten. Gleichzeitig sah sich das von Zhu Rongji, dem für die Wirtschaftspolitik zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Präsidenten der Zentralbank, eingeleitete 16-Punkte-Programm heftigen Widerständen seitens der lokalen Regierungen gegenüber. Diese befürchteten negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Region. Vor diesem Hintergrund erfolgte offenbar eine erste Lockerung der Konjunkturdämpfungsmaßnahmen.

Der extreme Kapitalmangel, dem sich die Staatsbetriebe gegenübersehen, ist das Ergebnis der Kreditverknappung der Banken. Ihnen war die Auflage gemacht worden, spekulative Kredite in Immobilienprojekte zurückzurufen. Nach Angaben der *Legal Daily* vom 2.10.93 sollen die Banken angewiesen worden sein, 90 Mrd. Yuan aus dem Immobiliensektor zurückzuholen, von denen jedoch ein großer Teil bereits in Bauprojekte investiert worden war. Da sie dieses Ziel also nur teilweise erreichen konnten, mußten sie auch Kredite an Staatsbetriebe einschränken. In der Folge hatte ein Teil der Staatsbetriebe nicht mehr ausreichend Umlaufmittel, um die Arbeitskräfte zu entlohnen, und mußte die Produktion einstellen. (SCMP, 4.10.93; AWSJ, 14.10.93) In einigen Industriezweigen sind die Auswirkungen des 16-Punkte-Programms deutlich zu spüren. So sanken beispielsweise die Pkw-Verkäufe im August um 10% und der Absatz von Stahl, Zement und anderen Produkten der Schwerindustrie ging deutlich zurück. (ASWJ, 14.10.93)

In Gesprächen mit lokalen Regierungsvertretern wurden inzwischen von Zhu Rongji und dem KP-Vorsitzenden Jiang Zemin neue Kredite für "wichtige" Projekte in Aussicht gestellt. Den Provinzen Anhui und Jiangsu sollen jeweils bis zu 10 Mrd. Yuan Kredite aus dem Staatshaushalt in Aussicht gestellt worden sein. (SCMP, 6.10.93) Um die allgemeine Kapitalknappheit zu reduzieren, soll die Zentralbank im Juli und August neue Kredite in Höhe von 47 Mrd. Yuan an die Staatsbanken vergeben haben. (SCMP, 12.10.93)

Ein weiterer Hinweis auf eine zumindest teilweise Aussetzung der Konjunkturdämpfungsmaßnahmen scheint die neue Betonung des notwendigen schnellen Wachstumstempos und gleichzeitiger weiterer Reformen zu sein, die in den chinesischen Medien die Forderungen nach Verstärkung der makroökonomischen Regulierung und Kontrolle, wie sie Zhu Rongjis 16-Punkte-Programm forderte, verdrängt hat.

Beispielhaft hierfür ist die Rede des KP-Vorsitzenden Jiang Zemin vor Vertretern aus zehn Provinzen auf einer Wirtschaftskonferenz Ende September in Guangzhou. Jiang Zemin berief sich in seiner Rede insbesondere auf die von Deng Xiaoping vertretenen Positionen und wies u.a. darauf hin, daß durch die Korrekturmaßnahmen die Probleme teilweise hätten gelöst werden können und sich die Wirtschaft nunmehr gesund entwickeln würde und damit die Basis für weitere Reformen gelegt sei. Alle Regionen, so Jiang Zemin, die die notwendigen Voraussetzungen hätten, sollten ein schnelles Wachstum anstreben; alle übrigen sollten die Voraussetzung für ein schnelles Wachstum schaffen. (Xinhua News Agency Domestic Service, Beijing, in Chinese, 3.10.93; in SWB, 6.10.93)

Obwohl viele der mit dem 16-Punkte-Programm geforderten Ziele nicht erreicht sind und nach wie vor das gesamtwirtschaftliche Wachstum und die Inflation zu hoch sind, können dem Programm doch auch eine Reihe von Erfolgen zugewiesen werden. Hierzu zählen neben der Stabilisierung der Devisenkurse auf den Swapmärkten und dem Verkauf der geplanten Emission von Staatsanleihen auch die korrigierenden Einflüsse im Immobilien- und Bankensektor. So konnten zumindest teilweise ein Kreditrückfluß aus spekulativen Projekten gesichert und höhere Investitionen in den dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur geleitet werden. Die staatlich geförderten Infrastrukturprojekte erhielten bis September erheblich mehr Mittel zugewiesen. Während bis Juni d.J. für die 150 wichtigen Großprojekte lediglich 19% von 73 Mrd. Yuan bereitgestellt werden konnten, da Investitionsmittel in anderweitige Spekulationsprojekte abgefließen waren, stieg der Anteil bis September auf 70%. (SCMP, 12.10.93)

Einem Bericht der *Wen Hui Bao* von Ende Oktober zufolge gehen Vertreter der Zentralbank davon aus, daß den Banken im 4. Quartal Kredite in Höhe von rund 200 Mrd. Yuan zugewiesen werden; im 3. Quartal hatten die Banken ein Kreditvolumen von 100,8 Mrd. Yuan erhalten. Für das gesamte Jahr 1993 wird von einem Kreditvolumen von 400 Mrd. Yuan ausgegangen; im letzten Jahr sollen Kredite in Höhe von 354 Mrd. Yuan vergeben worden sein. (ASWJ, 1.11.93)

Die Einschätzung chinesischer Ökonomen über den notwendigen Umfang der restriktiven Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung ist sehr unterschiedlich. Während einige der Ökonomen vor einer zu schnellen Rücknahme der Kreditbeschränkungen warnen, forderte der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Dong Furen beispielsweise mehr Flexibilität bei der Umsetzung des Programms. So sollten Unternehmen in Finanzschwierigkeiten umgehend wieder Kredite erhalten, da die negativen Effekte bereits sichtbar seien. Mehr Flexibilität in der derzeitigen Situation bewahre die Wirtschaft am Ende vor größeren Verlusten. (FT, 2.11.93) -schü-

*(35)

Engpässe bei der Elektrizitätserzeugung verschärfen sich

Die *Renmin Ribao* berichtet am 11.10.93 (Titelseite und S.2) über die sich verschärfenden Engpässe bei der Elektrizitätsversorgung und notwendigen Maßnahmen zur Behebung dieser Situation. Im folgenden die wichtigsten Auszüge aus diesem Artikel.

Trotz der Fortschritte beim Ausbau der Energiekapazitäten seit Beginn der Wirtschaftsreformen beläuft sich der Elektrizitätsoutput pro Kopf auf lediglich 644 kWh und beträgt damit nur 40% des durchschnittlichen Outputs weltweit; China rangiert mit seinem Outputvolumen auf Platz 80 in der Welt. Derzeit sehen sich mit Ausnahme der Autonomen Region Ningxia alle Regionen und Provinzen mit einer mehr oder weniger großen Mangelsituation konfrontiert. In der Hauptstadt Beijing beispielsweise begann die Elektrizität bereits in den frühen 70er Jahren knapp zu werden, und die Situation hat sich seitdem kontinuierlich verschlechtert. Im Jahre 1991 betrug die

Elektrizitätslücke für die gesamte Stadt 400.000 kW, 1992 bereits 493.000 kW, und 1993 erhöhte sich die fehlende Elektrizitätsmenge auf 683.000 kW. Die Unterbrechungen der Elektrizitätsversorgung waren im 1. Halbjahr 1993 um ein Drittel größer im Vergleich zur Vorjahresperiode; im Mai war die Situation besonders ungünstig.

Zwar konnte das Elektrizitätsnetz Ost-China, das die größte Kapazität unter allen fünf Elektrizitätsnetzen aufweist, den Output im 1. Halbjahr 1993 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 9,87% erhöhen, doch gab es auch hier erhebliche Versorgungsengpässe. So mußten allein in den Provinzen Jiangsu und Zhejiang zwischen Januar und Mai d.J. 12.480 Stromunterbrechungen zu verschiedenen Zeiten vorgenommen werden; ein Anstieg um das 4,9fache gegenüber der Vorjahresperiode.

In der Provinz Guangdong ist die Elektrizitätsknappheit ebenso herausragend wie das hohe wirtschaftliche Entwicklungstempo, denn seit mehr als 10 Jahren besteht eine Versorgungslücke von ca. 30%. Seit 1979 erhält die Provinz Elektrizitätszulieferungen aus Hongkong. Obwohl sich die zugekaufte Menge bereits um rund das 10fache vergrößert hat, wird auch in diesem Jahr mehr nachgefragt werden müssen. In Guangdong müssen viele Fabriken aufgrund des Elektrizitätsmangels in einem Turnus von "drei Tagen Unterbrechung und vier Tagen Produktion" oder sogar von "vier Tagen Unterbrechung und drei Tagen Produktion" arbeiten, so daß mindestens ein Drittel ihrer Produktionskapazität ungenutzt bleibt.

Für ganz China wird aufgrund der mangelhaften Elektrizitätsversorgung von einer brachliegenden Produktionskapazität von rund einem Drittel ausgegangen. Die jährliche Versorgungslücke landesweit wird mit 15-20% angegeben und betrug beispielsweise 1992 111,7 bis 148,9 Mrd. kWh. Wird pro kWh ein Produktionswert von 4,9 Yuan berechnet, dann belief sich der Ausfall im letzten Jahr auf 547,3 bis 729,6 Mrd. Yuan.

Die Elektrizitätsknappheit beeinträchtigt auch die außenwirtschaftliche Öffnung mit Ansiedlung ausländischer Unternehmen, deren Zahl sich in den letzten Jahren stark erhöht hat. Auch die Bevölkerung ist durch häufige

Stromunterbrechungen in starkem Maße betroffen. Da sich der Lebensstandard verbessert hat, können sich inzwischen immer mehr Teile der Bevölkerung Fernsehgeräte, Kühlschränke und Ventilatoren leisten, die jedoch oft durch Stromausfälle nicht nutzbar sind.

Der Artikel geht weiterhin ausführlich auf die mit der Übernutzung bestehender Anlagen zur Elektrizitätserzeugung verbundenen Probleme ein. So wird u.a. angeführt, daß die jährliche Betriebsdauer von Wärmekraftwerken in China rund 6.000 Stunden pro Jahr seit dem 4.Fünfjahresplan betrage und damit deutlich oberhalb der Grenze von 5.000 Stunden für Elektrizitätserzeugungsanlagen liege; Länder wie die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Japan wiesen eine Größenordnung von rund 4.000 Stunden auf. Als extreme Beispiele einer Übernutzung bestehender Elektrizitätsanlagen werden die Kraftwerke Shajia-A und Huangpu in der Provinz Guangdong genannt, die 7.000 Stunden jährlich laufen würden.

Ursächlich für die mangelnde Elektrizitätsversorgung sind dem Artikel zufolge die unzureichenden Investitionen in diesem Industriezweig. Zwar seien die Investitionen staatlicher Einheiten in den letzten Jahren um 50-70% gestiegen, doch die Investitionen für die Energieindustrie rückläufig gewesen. Beispielsweise gingen diese Investitionen 1992 um 2% zurück, und obwohl die Investitionen im 1.Halbjahr 1993 für die Bereiche Transport, Post und Telekommunikation, Metallurgie und Baustoffindustrie erhöht wurden, mußte die Energieindustrie insgesamt einen Rückgang um 2,9% und die Elektrizitätsindustrie um 0,9% hinnehmen.

Ein weiteres Problem sei die zögerliche Zuweisung von Finanzmitteln durch Abteilungen der Zentralregierung und der Lokalregierungen für geplante Projekte der Energieindustrie. So sollten ursprünglich bis Mai d.J. 40% der gesamten Investitionen in diesem Jahr zugewiesen worden sein, doch beliefen sich die tatsächlichen Zahlungen bis zu diesem Zeitpunkt auf lediglich 10,9%, so daß eine Reihe von Bauprojekten der Elektrizitätserzeugung teilweise oder völlig zum Erliegen kamen.

In einem zweiten Artikel zu den Problemen der Elektrizitätsindustrie in der *Renmin Ribao* vom 12.10.93 (S.1 u.2) wird auf die schwierige finanzielle Situation eingegangen. Bis Ende 1992 seien die Schulden der staatseigenen Energieunternehmen auf 96,7 Mrd. Yuan angestiegen. Das Elektrizitätsunternehmen Dongdian des Energieministeriums beispielsweise, das zu den 500 größten Unternehmen des Landes zählt, hat Schulden in Höhe von 10,5 Mrd. Yuan und muß jährlich Zinsen in Höhe von 550 Mio. Yuan leisten, während der realisierte Gewinn 1991 lediglich 50 Mio. Yuan betragen habe.

Die finanziellen Probleme der Energieindustrie hätten vor allem seit Beginn der 80er Jahre zugenommen, als die Mittelzuweisung auf Kredite umgestellt wurde, eine höhere Besteuerung erfolgte und bei gleichzeitig steigenden Kosten und niedrigen Preisen die Gewinnsituation der Betriebe sich rasant verschlechterte. Beispielsweise habe die Energieindustrie 1990 lediglich 8,2 Yuan pro 100 Yuan verkaufter Energieleistung verdienen können. Da die Preise für Kohle, Erdöl und Transportleistungen mehrmals angepaßt worden seien, hätten sich auch die Kosten für die Elektrizitätsindustrie erheblich erhöht. Beispielsweise betragen die Kosten für 1000 kWh im Jahre 1978 31,55 Yuan, stiegen jedoch bis 1992 in Beijing, Tianjin und Tangshan auf 96,03 Yuan mit gleichzeitig unveränderten Verkaufspreisen für Elektrizität. -schü-

*(36)

Zulassung eines Goldmarktes angekündigt

Die *China Daily* berichtet am 30.9.93, daß das staatliche Monopol bei der Erschließung eingeschränkt wird und schrittweise Maßnahmen zum Aufbau eines Goldmarktes folgen werden. Diese Reformschritte, so Cui Dewen, stellvertretender Leiter der Goldverwaltung im Ministerium für die metallurgische Industrie, seien die notwendigen Voraussetzungen für die gesunde Entwicklung dieser Industrie.

Der angekündigte Aufbau eines Goldmarktes folgt der zuvor bekanntgegebenen Entscheidung über die Anpassung der Goldpreise an das Weltmarktniveau. Da die staatlichen Ankaufspreise um rund die Hälfte unter

den international üblichen Preisen lagen, hätten nach Angaben von Cui die 600 Goldminen bei gleichzeitig steigenden Produktionskosten zunehmend Verluste gemacht, und in den Provinzen Liaoning, Shaanxi, Henan und Shandong seien ausgedehnte Schwarzmärkte entstanden. Der Abfluß von Gold auf den Schwarzmarkt sei auch der Grund für den Rückgang des staatlichen Goldankaufs zwischen Januar und Mai d.J. um 57% gegenüber der Vorjahresperiode gewesen.

Der neue staatliche Ankaufspreis für Gold beträgt nunmehr rd. 96 Yuan/Gramm, liegt damit um 10% niedriger als der Londoner Goldmarktpreis und ist 85% höher als der vorherige Ankaufspreis.

In Shanghai soll der erste Goldmarkt auf einer experimentellen Basis eröffnet werden; auch die Stadt Guangzhou (Kanton) bemüht sich um die Genehmigung hierfür. (HB, 13.10.93; SCMP, 12.10.93)

Die Beteiligung ausländischer Investoren an der Erschließung von Goldvorkommen soll sich nach offiziellen Angaben auf Minen mit niedrigkaratigen und schwer abzubauenen Vorkommen beschränken. Diese liegen nach Angaben des Ministerium in den Provinzen Yunnan, Guizhou, Guangxi und Sichuan.

In einem Gesetzesentwurf der chinesischen Regierung wird eine staatliche Förderungsgebühr für ausländische Unternehmen in Höhe von 10% genannt. Nach Angaben der *Financial Times* vom 5.10.93 halten interessierte Unternehmen aus den USA und Australien diese Höhe jedoch für unrealistisch, da andere Entwicklungsländer lediglich Förderungsgebühren in einer Größenordnung von 2-3% erheben würden.

Als weitere notwendige Maßnahme im Rahmen einer Marktöffnung wurde die Bekanntgabe von Goldproduktionsstatistiken angekündigt. (*China Daily, Business Weekly*, 17.-23.10.93, S. 8) Die *Financial Times* vom 5.10.93 nennt eine Goldproduktion von rund 110 t im Jahre 1992 bei einem gleichzeitigen Nachfragevolumen von 250 t.

Nachdem der chinesische Wechselkurs auf den Devisen-Swapmärkten erfolgreich stabilisiert werden konnte, läßt

sich auch ein Nachlassen des "Goldrausches" feststellen. So ging beispielsweise das Verkaufsvolumen bei Goldschmuck in Beijing um 15,6% im Juli und um 13,2% im August zurück. (SCMP, 25.10.93) -schü-

*(37)

Unterschiede im Lebensstandard zwischen Stadt und Land nehmen zu

In den letzten Jahren hat sich der Abstand zwischen dem Lebensstandard der Städter und Bauern deutlich vergrößert. Beispielsweise betrug 1992 das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Arbeiter und Angestellten im Durchschnitt 2.711 Renminbi, während die Bauern lediglich ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen von 784 Yuan aufwiesen. Unter Einbeziehung von Wohlfahrtsleistungen für die städtische Bevölkerung und den von Bauern zusätzlich erhobenen Abgaben und Gebühren standen die tatsächlichen Einkommen in einem Verhältnis von 4:1.

Die Einkommensunterschiede wirken sich auch auf den Bildungsstand in den ländlichen Regionen aus. So ist ein neunjähriger Schulbesuch in den Städten die Regel, dagegen haben nur 70% der Kinder in den ländlichen Gebieten den Grundschulabschluß. Eine Anzahl von 2,7 Mio. Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen in den ländlichen Gebieten nicht die Schule, und 4,62 Mio. Kinder verlassen jährlich die Schule vorzeitig, weil sie die Schulgebühren nicht bezahlen können.

Auch die medizinische Versorgung in den ländlichen Gebieten ist im Durchschnitt schlechter. Insgesamt gab es 1992 eine Zahl von 2,744 Mio. Krankenhausbetten landesweit, davon entfielen 52% bzw. 1.421 Mio. auf die ländlichen Gebiete, obwohl die ländliche Bevölkerung um das 4,5fache größer ist als die städtische. Als Folge der mangelhaften medizinischen Versorgung besteht in den ländlichen Gebieten eine höhere Krankheits- und Sterberate. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 22.10.93, in SWB, 25.10.93)

Daß sich die Situation der Bauern im Vergleich zur Vorreform-Periode erheblich verbessert hat, zeigt eine Untersuchung des Staatlichen Statistikamtes. Dem Bericht nach war das Pro-Kopf-Einkommen von 784 Yuan im

Jahre 1992 um das 6fache größer als 1978 und stieg nominal um 13,4% und real um 8,9% jährlich zwischen 1978-1992. -schü-

*(38)

Nationale Konferenz zur Arbeit in den ländlichen Gebieten

Das ZK der KPCh hielt Ende Oktober eine mehrtägige Konferenz zur Arbeit in den ländlichen Gebieten ab, die vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji geleitet wurde. Wichtige Themen der Konferenz waren die Rolle der Landwirtschaft innerhalb der Gesamtwirtschaft und notwendige Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung. Die *Renmin Ribao* gibt am 19.10.93 (hierzu auch Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 18.10.93, in SWB, 20.10.93) Ausschnitte aus der zentralen Rede des KP-Vorsitzenden Jiang Zemin wieder. Die wichtigsten Aspekte werden im folgenden dargestellt.

Die Rede Jiang Zemin besteht aus mehreren Abschnitten. Der erste Teil setzt sich mit der Bedeutung auseinander, die die Partei der Landwirtschaft, der ländlichen Probleme und der Situation der Bauern einräumen muß. Obwohl deren herausragende Bedeutung und Funktion vielfach betont wurden, so Jiang Zemin, hätten viele Parteifunktionäre in der Realität die Bedeutung der Landwirtschaft weder richtig verstanden, noch entsprechend danach gehandelt und in manchen Gebieten sogar die landwirtschaftliche Entwicklung vernachlässigt.

Obwohl die sozialistische Marktwirtschaft der Landwirtschaft neue Entwicklungschancen eröffne, befinde sie sich jedoch im Wettbewerb um knappe Ressourcen in einer schwächeren Position und bedürfe im Rahmen der makroökonomischen Regulierung und Kontrolle des besonderen Schutzes.

Jiang Zemin wies in seiner Rede ebenfalls darauf hin, daß das Entwicklungstempo von Landwirtschaft und Industrie in den letzten Jahren weit auseinandergefallen sei. Die schnelle industrielle Entwicklung sei zu Lasten der Landwirtschaft gegangen, habe die komparativen Vorteile der Landwirtschaft reduziert und die Motivation der Bauern für die Getreide- und Baumwollproduktion beeinträchtigt. Auch

der Unterschied zwischen den ländlichen und städtischen Einkommen habe sich fast wieder auf den Stand zurückentwickelt, der vor Beginn der Reform bestanden hatte. Außerdem seien die Inputs in die Landwirtschaft zurückgegangen und die Landwirtschaft das schwächste Glied in der Gesamtwirtschaft geworden. Sollten keine wirkungsvollen Maßnahmen der makroökonomischen Regulierung und Kontrolle ergriffen werden und nur der Markt einziges Mittel der Regulierung sein, würde sich diese negative Entwicklung verstärken und wirtschaftlich sowie politisch destabilisierende Wirkungen mit sich bringen.

In den Anfangsjahren der Gründung der VR China, so Jiang Zemin, sei der Rückgriff auf die landwirtschaftliche Akkumulation zur Entwicklung der Industrie die richtige Politik gewesen. Jetzt jedoch habe sich die Situation verändert, so daß die Struktur der Investitionsinvestitionen, des Staatshaushalts und der Kredite angepaßt werden müsse. Um die dringenden Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Entwicklung zu befriedigen, seien selbst manche Industrieprojekte zurückzustellen.

Im zweiten Teil seiner Rede geht Jiang Zemin auf die wichtigsten Aufgaben bei der Vertiefung der ländlichen Reformen ein. Im Mittelpunkt dieser Reformen müßten die Förderung von Märkten sowie die wirkungsvolle makroökonomische Anleitung und der Schutz der Landwirtschaft stehen. Das Haushaltsvertragssystem [Pachtsystem] soll beibehalten, verbessert und die Dauer der Nutzungsverträge angemessen verlängert werden. Notwendig sei der gleichzeitige Ausbau des Dienstleistungsnetzes als Verbindungsglied zwischen dem einzelnen landwirtschaftlichen Produzenten und dem Markt.

Erforderlich sei außerdem mit Blick auf die Diversifizierung und Spezialisierung der Produktion die Förderung der Integration von Handel, weiterverarbeitender Industrie und Landwirtschaft. Die einzelnen Regionen sollten unter Berücksichtigung der in- und ausländischen Marktnachfrage ihre wichtigsten Produkte und Industrien entwickeln. Weiterhin sei die Reform des Finanzsektors in den ländlichen Gebieten fortzuführen und eine Struktur mit solchen Banken aufzubauen, die unter wirtschaftspolitischen Vorgaben arbeiteten, sonstigen Banken und

genossenschaftlichen Finanzinstitutionen, die eng miteinander kooperierten. Durch die Entwicklung von ländlichen und städtischen Arbeitsmärkten sollte weiterhin der Transfer der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte in andere Bereiche in geordneter Weise erfolgen.

Der dritte Teil seiner Rede behandelt die notwendige Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung. Die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen, die Optimierung der Ressourcen und die Betonung der marktgerechten Produktion, die durch einen hohen Output, hohe Qualität und hohe Effizienz gekennzeichnet ist; dies seien wichtige Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Entwicklung und stellten strategische Veränderungen der Leitprinzipien zur Arbeit in den ländlichen Gebieten dar. Sowohl an der Vorgabe einer stabilen Entwicklung der Getreideproduktion als auch an der Steigerung der bäuerlichen Einkommen dürfe nicht gerüttelt und beide Aspekte müssten miteinander verbunden werden.

Von entscheidender Bedeutung für die Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung sei die verbreitete Anwendung moderner Technologien und wissenschaftlicher Methoden. Voraussetzung sei auch die stärkere Förderung der schulischen Bildung, mit Schwerpunkt auf der Durchsetzung der neunjährigen Schulzeit, sowie die berufliche Ausbildung von landwirtschaftlichen Fachkräften. Besonders betonte Jiang Zemin die Verbesserung der landwirtschaftlichen Infrastruktur und die Erhöhung der Investitionen in die Landwirtschaft. Dabei zitierte er Deng Xiaoping, der eine Erhöhung der Investitionen für die Landwirtschaft zur Stimulierung der bäuerlichen Eigeninitiative gefordert hatte. Dies sollte ein Grundsatz in der ländlichen Arbeit der Partei sein. Allerdings hätten einige Lokalregierungen die landwirtschaftlichen Investitionen nicht erhöht, sondern die Mittel für andere Zwecke verwendet oder gar in unproduktive Bereiche investiert; diese Praxis müsse strengstens unterbunden werden.

Im vierten Teil seiner Rede geht Jiang Zemin auf die Probleme der Basis-Parteioorganisationen ein. Zwar sei an der Mehrzahl der Basiskader nichts auszusetzen, doch einige Parteiorganisati-

tionen in den ländlichen Gebieten seien inkompetent, faul oder bewegungsunfähig. In einigen Gebieten würde mehr von den Bauern verlangt, als ihnen gegeben würde, und die Beziehungen zwischen den Parteifunktionären und den Bauern seien gespannt.

Die ZK-Konferenz macht deutlich, daß Partei und Regierung die vielfältigen Probleme der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung stärker als bisher in den Mittelpunkt ihrer wirtschaftspolitischen Anstrengungen stellen wollen. Wie die Erfahrungen mit der immer noch bestehenden Praxis der willkürlichen Erhebung von Abgaben und Gebühren durch lokale Regierungen gezeigt hat, ist die Durchsetzung zentraler Vorstellungen sehr schwierig geworden. So hatten der Staatsrat und das ZK beispielsweise seit Februar 1990 dringende Rundschreiben an die Lokalregierungen versandt, Telefonkonferenzen veranstaltet und Bestimmungen erlassen, um Richtlinien für die Erhebung von Gebühren und Abgaben festzulegen. (RMRB, 10.10.93; Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 10.10.93, in SWB, 25.10.93) Obwohl inzwischen einige Erfolge gemeldet werden, gibt ein Kommentar in der *Renmin Ribao* vom 10.10.93 (S. 2) zu, daß diese nicht überbewertet werden dürften und daß bei einigen Lokalregierungen das Verständnis für die Notwendigkeit der zentralstaatlichen Anweisungen fehlen würde. -schü-

Taiwan

*(39)

23 Staaten befürworten Taiwans Rückkehr in die UNO

Auf der 48. UN-Vollversammlung vom 27. September bis 13. Oktober 1993 in New York haben Vertreter von 23 Mitgliedstaaten in ihrer Rede direkt oder indirekt die Rückkehr Taiwans in die Weltorganisation befürwortet. (LHB, 15.10.93; ZYRB, 16.10.93) Es sind: El Salvador, Nicaragua, Swasiland, St. Christopher und Nevis, Panama, Guatemala, Singapur, Costa Rica, die Zentralafrikanische Republik, Dominika, Haiti, St. Lucia, die

Dominikanische Republik, Guinea-Bissau, St. Vincent und die Grenadinen, Grenada, Malawi, Salomonen, Elfenbeinküste, Niger, Paraguay, Uruguay und Bahama, wobei Singapur, die Elfenbeinküste und Uruguay keine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan haben. Andererseits haben auch Honduras, Belize, Lesotho und Liberia, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, nicht für Taiwan plädiert. Besonders bemerkenswert ist, daß gerade Honduras und Belize am 6. August mit fünf anderen mittelamerikanischen Staaten (El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Costa Rica und Panama) in einem Schreiben an UN-Generalsekretär Butros Ghali gefordert hatten, die Frage der Wiederaufnahme der Republik China in Taiwan in die Weltorganisation auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu bringen. (C.a., August 1993, Ü 36) Allerdings war der Antrag vom Generalauschuß der UNO nicht angenommen worden. (C.a., September 1993, Ü 36)

Im letzten Jahr hatten sich nur neun Staaten in der UN-Vollversammlung für die Wiederaufnahme Taiwans ausgesprochen. So ist die Taipeier Regierung mit dem diesjährigen Ergebnis nicht ganz unzufrieden, obwohl das Ziel nicht erreicht worden ist. Nach Art.4 und 18 der UN-Charta entscheidet die Vollversammlung über den beim Generalsekretär gestellten Antrag auf Mitgliedschaft mit einer Zweidrittelmehrheit aufgrund einer Empfehlung des Sicherheitsrats, die der Zustimmung von mindestens neun Ratsmitgliedern einschließlich der fünf Ständigen Mitglieder bedarf. Beijing, das 1971 durch den 2758. Beschluß der Vollversammlung Taipeier als Vertreter Chinas abgelöst hatte, sitzt als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat mit Vetorecht.

Zwar kann die Vollversammlung theoretisch einen Antrag auf Taiwans Rückkehr als einen Nicht-Neueintritt sowie als eine nicht "wichtige Frage" behandeln, benötigt aber bei einer Zustimmung nach Art. 18, Abs.3, die absolute Mehrheit bei der Abstimmung. Z.Zt. unterhält Taiwan nur mit 25 der 184 UN-Mitgliedstaaten volle diplomatische Beziehungen.

Die "Mobilmachung" der Regierung Taipeier für die Rückkehr in die UNO ist offensichtlich eher innen- als au-